EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

18.7.2207 PE 392.134v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-119

Entwurf eines Berichts **(PE 380.872v01-00)**
Javier Moreno Sánchez
über politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Drittstaatsangehörigen
(2006/2250(INI))

Entschließungsantrag

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 1
Bezugsvermerk 6

– in Kenntnis ***der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15. und 16. Dezember 2005 zum „Gesamtansatz zur Migrationsfrage – vorrangige Maßnahmen mit Schwerpunkt Afrika und Mittelmeerraum", die*** durch die Schlussfolgerungen des Vorsitzes nach dem Europäischen Rat vom 14. und 15. Dezember 2006 bestätigt ***wurden***,

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 2
Bezugsvermerk 6 a (neu)

– ***in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni***

2007 und des Mandats der Regierungskonferenz in den Bereichen Justiz und innere Angelegenheiten,

Or. es

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 3
Bezugsvermerk 8 a (neu)

– ***unter Hinweis auf seine Empfehlung an den Rat vom 16. November 2006[1] für eine neue Strategie der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels,***

---

[1] P6_TA(2006)0498.

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 4
Erwägung B

B. in der Erwägung, dass die Dimension der Wanderungsbewegungen die Fähigkeit der Mitgliedstaaten übersteigt, sie auf sich gestellt zu bewältigen, und somit gegenüber der Zuwanderung ein umfassender und kohärenter Ansatz auf europäischer Ebene erforderlich ist; dass das Fehlen einer angemessenen Antwort auf den Zustrom ***irregulärer Zuwanderer*** an den Grenzen der Union sowohl die unzureichende Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten als auch die fehlende Koordinierung der Politiken trotz aller Erklärungen und eingegangenen Verpflichtungen deutlich macht,

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 5
Erwägung C

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 6
Erwägung C a (neu)

Ca. in der Erwägung, dass die Migration ein immer rascher fortschreitendes globales Phänomen ist und deshalb auch die Europäische Union betrifft,

Or. en

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 7
Erwägung D

D. in der Erwägung, dass die Zuwanderungspolitik umfassend sein und somit eine Fülle von Aspekten berücksichtigen muss, insbesondere die Bekämpfung der illegalen Einwanderung ***und des Menschenhandels***, die notwendige Verbesserung ***und Koordinierung*** der *Möglichkeiten der legalen* Zuwanderung, die Ursachen für die Abwanderung aus Drittländern (***„Push-Faktoren" wie*** Unterentwicklung, Elend, Kriege, diktatorische Regime, Versagen der staatlichen Institutionen, Folgen des Klimawandels und von Umweltkatastrophen usw.), ***die Faktoren, die die Union als Einwanderungsziel attraktiv erscheinen lassen*** (***„Pull-Faktoren" wie*** Lebensstandard, Demokratie, Frieden, Beschäftigungsmöglichkeiten einschließlich der illegalen Beschäftigung usw.); die demografischen und wirtschaftlichen Erfordernisse der Mitgliedstaaten; die Kohärenz der Aktionen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene; die Fragen der Integration und der Mischung der Kulturen; die Achtung der Grundrechte und insbesondere des Rechts auf Asyl und Nichtabschiebung, die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenhass,

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 8
Erwägung D

D. in der Erwägung, dass die Zuwanderungspolitik umfassend sein ***muss, wie in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2005 und Dezember 2006 festgestellt wird,*** und somit eine Fülle von Aspekten berücksichtigen muss, insbesondere die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, die notwendige Verbesserung der *Möglichkeiten der legalen* Zuwanderung, die Ursachen für die Abwanderung aus Drittländern (Unterentwicklung, Elend, Kriege, diktatorische Regime, Versagen der staatlichen Institutionen, Folgen des Klimawandels und von Umweltkatastrophen usw.), die „Pull-Faktoren" der Union (Lebensstandard,

Demokratie, Frieden, Beschäftigungsmöglichkeiten, einschließlich der illegalen Beschäftigung usw.); die demografischen und wirtschaftlichen Erfordernisse der Mitgliedstaaten ***und besonders die Erfordernisse ihres Arbeitsmarkts***; die Kohärenz der Aktionen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene; die Fragen der Integration und der Mischung der Kulturen; die Achtung der Grundrechte und insbesondere des Rechts auf Asyl und Nichtabschiebung, die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenhass,

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 9
Erwägung D a (neu)

Da. in der Erwägung, dass die illegale und die legale Zuwanderung eng miteinander verbunden sind und dass die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung einer Politik der legalen Zuwanderung ist,

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 10
Erwägung E a (neu)

Ea. in der Erwägung, dass die Einwanderung in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Thema der öffentlichen Debatte in der gesamten Europäischen Union geworden ist, zu einem politisch sehr sensiblen Thema, das leicht für demagogische und populistische Zwecke ausgeschlachtet werden kann; in der Erwägung, dass alle Politikerinnen und Politiker, die sich zu diesem Thema äußern, ebenso wie Journalisten und alle Personen, die im Medienbereich tätig sind, sich in diesem Sinne verantwortungsbewusst verhalten müssen,

Or. fr

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 11
Erwägung E a (neu)

Ea. in der Erwägung, dass viele Personen mit ungeregeltem Status legal in die Europäische Union einreisen,

Or. en

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 12
Erwägung E b (neu)

Eb. ***in der Erwägung, dass eine große Zahl von Menschen aufgrund von behördlicher Unfähigkeit in eine Lage geraten, in der ihr Status nicht geregelt ist;***

Or. en

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 13
Erwägung F a (neu)

Fa. ***in der Erwägung, dass die fehlende Bereitschaft einiger Regierungen, das Ausmaß des Bedarfs an zugewanderten Arbeitskräften anzuerkennen, Arbeitgeber in eine schwierige Lage bringen kann, wenn sie versuchen, den Arbeitskräftebedarf ihrer Unternehmen unter Achtung der für Ausweisdokumente geltenden Rechtsvorschriften zu decken,***

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 14
Erwägung G

G. in dem Bewusstsein, dass die Zusammenarbeit der Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Herkunfts- und Transitdrittländern von ausschlaggebender Bedeutung ist und eine ***wirksame und konkrete*** Politik gemeinsamer Entwicklung geboten ist, ***um in den Drittländern starker auf die tiefliegenden Ursachen der Migration einwirken zu können,***

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 15
Erwägung G a (neu)

Ga. in der Erwägung, dass die prohibitionistischen Maßnahmen bei der regulären Einwanderung der Hauptgrund für die irreguläre Migration sind,

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 16
Erwägung G a (neu)

Ga. in der Erwägung, dass die Beschlussverfahren für die illegale Zuwanderung (Mitentscheidung und qualifizierte Mehrheit im Rat nach Inkrafttreten der Übergangsbestimmung gemäß Artikel 67 des EG-Vertrags am 1. Januar 2005) und für die legale Zuwanderung, die überwiegend in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, nach wie vor unterschiedlich sind; in der Erwägung, dass sich das Parlament mehrfach für eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens ausgesprochen hat, um die Zuwanderungspolitik kohärenter zu machen; in Erwägung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2007 und des Mandats der Regierungskonferenz, die die Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens und der Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit auf den Bereich der legalen Zuwanderung bestätigen,

Or. es

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 17
Ziffer 1

1. begrüßt den Ansatz der Kommission, die bei der Förderung kohärenterer und effizienterer Maßnahmen *seitens der* Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle spielt ***(Streichung)***; ***begrüßt die im Entwurf eines geänderten Vertrags vorgesehenen und durch das Mandat der Regierungskonferenz bestätigten institutionellen Neuerungen; begrüßt insbesondere die Verbesserungen in den Bereichen Einwanderung und Asyl, vor allem die Klärung der Zuständigkeiten der EU im Bereich der Visumserteilung und der Grenzkontrollen, die Ausdehnung der Zuständigkeit der EU in der Asylpolitik und auf dem Gebiet der legalen und illegalen Zuwanderung;***

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 18
Ziffer 1

1. ***begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2007 und das Mandat der Regierungskonferenz, die die Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens und der Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit auf alle Bereiche der Zuwanderungspolitik bestätigen;*** begrüßt den Ansatz der Kommission, die bei der Förderung kohärenterer und effizienterer Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle spielt; unterstreicht, dass Fortschritte ohne die Errichtung effizienterer Beschlussfassungsmechanismen für eine echte europäische Zuwanderungspolitik nicht möglich sind, wobei diese Mechanismen unbedingt als Teil der im Gange befindlichen Überprüfung der Verträge beschlossen oder gegebenenfalls durch Aktivierung der Passerelle-Klausel gemäß Artikel 42 EUV geschaffen werden müssen;

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 19
Ziffer 1 a (neu)

1a. hält ein Soforthilfekonzept für die Frage der Migrationsströme für ungeeignet, da diese nun bereits seit mehreren Jahren ein konstantes Phänomen darstellen;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 20
Ziffer 1 b (neu)

1b. hält die Panikmache gewisser Kreise im Zusammenhang mit einer angeblichen „Invasion“ von irregulären Einwanderern für unbegründet, da nach jüngsten Schätzungen der Zustrom von Einwanderern nach Europa erheblich abnimmt;

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 21
Ziffer 2

2. ist der Auffassung, dass die Zuwanderung eine Herausforderung von europäischer ***und globaler*** Dimension darstellt, die eine Antwort in gleicher Dimension erfordert; dass die Union insgesamt sich mit den Mitteln ausstatten muss, um die in dreifacher Hinsicht bestehende wirtschaftliche, demografische und soziale Chance zu ergreifen, die die Zuwanderung für unsere Gesellschaften ***darstellen könnte***;

Or. en

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 22
Ziffer 2 a (neu)

2a. vertritt die Ansicht, dass eine gemeinsame Europäische Zuwanderungspolitik auf dem Grundsatz der Solidarität beruhen muss in dem Sinne, dass die Verantwortung nicht auf die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen abgewälzt, sondern von allen Mitgliedstaaten gemeinsam getragen wird;

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 23
Ziffer 3

3. ist der Auffassung, dass die Union ***im Rahmen ihrer*** Zuwanderungspolitik ***(Streichung)*** kohärente Aktionen innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen ***durchführen sollte*** (es besteht eine zweifache Dimension, eine interne und eine externe);

Or. fr

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 24
Ziffer 4

4. erachtet es als grundlegend, statistische Daten zu den Wanderungsbewegungen zu sammeln und zu harmonisieren; appelliert an die Mitgliedstaaten und die Kommission sowie Eurostat, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Migrationsnetz (EMN) und

internationalen Organisationen wie der OECD dem Mangel an kohärenten und zuverlässigen Daten abzuhelfen; ***begrüßt die Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, mit der ein gemeinsamer Rahmen für die Erhebung und Erstellung von Gemeinschaftsstatistiken über internationale Wanderung und Asyl geschaffen werden soll; fordert alle Mitgliedstaaten auf, Statistiken zu produzieren, die den harmonisierten Definitionen entsprechen, und alle zur Interpretation der statistischen Angaben nötigen Informationen bereitzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 25
Ziffer 5

5. unterstreicht die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit, um die tieferen Ursachen der Migrationsströme zu bekämpfen; sieht darin ein ergänzendes und kein alternatives Instrument zu den Politiken der Union für Integration und ***(Streichung)*** Einwanderung;

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 26
Ziffer 8 a (neu)

8a. weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit illegaler Zuwanderung stärker auf die Art und Weise geachtet werden muss, wie über dieses Phänomen gesprochen wird, um dessen Wahrnehmung in der Gesellschaft zu verbessern; vertritt die Ansicht, dass in den Bereichen Bildung und Information stärkere, von den Kommunikationsmedien unterstützte Bemühungen unternommen werden müssen, um die der Union eigenen Werte wie Toleranz, Solidarität, gegenseitige Achtung und Bekämpfung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu vermitteln;

Or. es

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 27
Ziffer 8 a (neu)

8a. betont, dass überall auf der Welt auftretende Konflikte mit internationaler Dimension Auslöser für Migrationsströme sind;

Or. en

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 28
Ziffer 9

9. erinnert daran, dass illegale Einwanderer nicht mit Straftätern gleichgesetzt werden dürfen, denn viele von ihnen riskieren ihr Leben auf der Suche nach Freiheit oder einem Lebensunterhalt in Europa; ist der Auffassung, dass es in der Verantwortung der Politiker und Politikerinnen liegt, eine kohärente und effiziente Politik der Bekämpfung der illegalen Einwanderung zu führen ***(Streichung) und gleichzeitig dem Schutz und den Grundrechten des Einzelnen Rechnung zu tragen;***

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 29
Ziffer 9

9. erinnert, dass ***irreguläre Einwanderer*** nicht mit Straftätern gleichgesetzt werden dürfen, denn viele von ihnen riskieren ihr Leben auf der Suche nach Freiheit oder einem Lebensunterhalt in Europa; ist der Auffassung, dass es in der Verantwortung der Politiker und Politikerinnen liegt, eine kohärente und effiziente Politik der Bekämpfung der illegalen Einwanderung zu führen, und erinnert die Bürger daran, welchen Beitrag die legale Zuwanderung zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Demografie in Europa leistet;

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 30
Ziffer 9 a (neu)

9a. weist darauf hin, dass die Übernahme von Verantwortung durch die Beförderungsunternehmen und die zuständigen Stellen in den Herkunftsländern, die Verschärfung des für Schleppernetze angewandten Strafrechts, die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Menschenhandel sowie die Aufdeckung von Korruption in den Verwaltungsstellen wichtige Elemente im Kampf gegen illegale Einwanderung sind, der sich auch auf eine stärkere polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit stützen muss;

Or. es

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 31
Ziffer 10

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 32
Ziffer 1111. unterstreicht, dass die innerhalb und außerhalb der Europäischen Union existierenden Übergangslager in Übereinstimmung mit den Grundrechten geführt werden müssen***, wozu bewährte Verfahren insbesondere im Zusammenhang mit Unterbringung, Zugang zu grundlegender Bildung und Gesundheitsversorgung, Finanzmitteln und Rechtsvorschriften auf allen Ebenen und zwischen allen beteiligten Organisationen wie lokalen und nationalen Behörden, Europäischen Institutionen und NGO ausgetauscht werden müssen***;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 33
Ziffer 11

11. unterstreicht, dass die innerhalb und außerhalb der Europäischen Union existierenden Übergangslager ***für illegale Einwanderer*** *im Einklang* mit ***einer Politik der Achtung***

der Grundrechte geführt werden müssen;

Or. fr

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 34
Ziffer 11 a (neu)

11a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen kontinuierlichen Dialog mit den NGO zu führen, die im Bereich der Zuwanderung tätig sind, um ihre Beiträge zu Themen, die das Phänomen der illegalen Einwanderung betreffen, zu nutzen und sie bei ihren Bemühungen zur Unterstützung von Einwanderern sowie bei ihren diesbezüglichen Nachforschungen zu unterstützen;

Or. es

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 35
Ziffer 11 a (neu)

11a. bekräftigt seine entschiedene Ablehnung der Idee, Aufnahme- oder Inhaftierungslager für Migranten ohne Ausweispapiere oder Asylbewerber außerhalb der Grenzen der Union und in den Herkunftsregionen der Zuwanderer einzurichten;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 36
Ziffer 11 a (neu)

11a. ist erschüttert über die unmenschlichen Bedingungen in den Auffanglagern für Migranten und Asylbewerber, die von seinem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten besucht wurden;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 37
Ziffer 11 b (neu)

11b. ist der Auffassung, dass die Verwaltungshaft für Migranten ein juristisches Unding darstellt, da sie eine Haftstrafe vorsieht, ohne dass irgendeine Straftat begangen worden ist;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 38
Ziffer 11 c (neu)

11c. hält es für äußerst wichtig, die Anstrengungen (auch finanzieller Art) auf die Aufnahme und Integration der Migranten, und nicht auf ihre Verwahrung zu legen;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 39
Ziffer 11 d (neu)

11d. ist der Auffassung, dass die Modalitäten und Bedingungen für die Verwaltungshaft von Migranten, so wie sie in verschiedenen europäischen Ländern praktiziert wird, die fundamentalsten internationalen und europäischen Menschenrechtsstandards verletzt, darunter die grundlegenden Verteidigungsrechte (Zugang zum Gericht, zum Anwalt, zu einem Dolmetscher);

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 40
Ziffer 12

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 41
Ziffer 12 a (neu)

12a. begrüßt die Initiative zur „Anwendung des Gesamtansatzes zur Migration auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union“ (KOM(2007)0247); fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, sicherzustellen, dass ausreichende menschliche und finanzielle Ressourcen für die ordnungsgemäße Anwendung des Gesamtansatzes zur Migration bereitgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 42
Ziffer 12 b (neu)

12b. fordert die Verstärkung der bestehenden regionalen Strukturen für Zusammenarbeit, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und benachbarten Staaten in Fragen wie der Verwaltung der Grenzkontrollen, der Bekämpfung illegaler Einwanderung, des Menschenschmuggels und des Menschenhandels zu fördern; stellt fest, dass der Dialog über Migrationsfragen mit den gemäß dem Konzept der Migrationsrouten ermittelten Herkunfts- und Transitländern intensiviert werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 43
Ziffer 13

13. vertritt die Auffassung, dass der multidimensionale Charakter der Zuwanderung eine enge Zusammenarbeit mit allen betroffenen Drittländern erfordert; dass die Ministerkonferenzen von Rabat und Tripolis im Jahr 2006 (bei denen das Europäische Parlament vertreten war) den Startschuss für diesen notwendigen Dialog zwischen den Herkunfts- und Transitländern und den europäischen Zielländern der Zuwanderung gegeben haben; dass dieser Dialog es ermöglichen muss, die Grundlagen für eine echte Partnerschaft auf der Basis der gemeinsamer Entwicklung zu legen;
(Streichung)

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 44
Ziffer 13 a (neu)

13a. fordert die Kommission auf, dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Rechenschaftsbericht über die zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung eingesetzten Mittel, über die geltenden Rechtsvorschriften und ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten und über die in Vorbereitung befindlichen Rechtsakte vorzulegen;

Or. es

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 45
Ziffer 14

14. ***bedauert, dass Artikel 13 des Abkommens von Cotonou zwar bereits ein wichtiges Instrument für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich der Zuwanderung bietet, diese Bestimmung bisher jedoch nicht angewandt wurde;*** erinnert ***deshalb*** daran, dass der Umsetzung von Artikel 13 des Abkommens von Cotonou besondere Aufmerksamkeit gebührt, sowohl was die Rückübernahme als auch was die Verstärkung der in dem Abkommen vorgesehenen Dialogverfahren betrifft;

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 46
Ziffer 14

14. erinnert daran, dass der Umsetzung von Artikel 13 des Abkommens von Cotonou besondere Aufmerksamkeit gebührt, sowohl was die Rückübernahme als auch was die Verstärkung der in dem Abkommen vorgesehenen Dialogverfahren betrifft; ***betont, dass der Aufbau der Kapazitäten der Herkunfts- und Transitländer zur Bewältigung der Migration unterstützt werden muss, d. h. die dafür verfügbaren Einrichtungen und Mittel (öffentliche Verwaltung und rechtlicher Rahmen, Ausbildung und Einsatz von Kontrollteams an den Grenzen und von Sicherheitskräften zur Bekämpfung von Händler usw. gezielt gefördert werden müssen);***

Or. es

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 47
Ziffer 14

14. erinnert daran, dass der Umsetzung von Artikel 13 des Abkommens von Cotonou besondere Aufmerksamkeit gebührt, sowohl was die Rückübernahme als auch was die Verstärkung der in dem Abkommen vorgesehenen Dialogverfahren betrifft; ***erinnert daran, dass jedes AKP-Land die Rückkehr und Rückübernahme seiner eigenen Staatsangehörigen akzeptieren muss, die sich illegal im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union aufhalten, wenn dieser Mitgliedstaat dies beantragt;***

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 48
Ziffer 14

14. erinnert daran, dass der Umsetzung ***(Streichung)*** des Abkommens von Cotonou besondere Aufmerksamkeit gebührt, ***vor allem*** was ***(Streichung)*** die Verstärkung der in dem Abkommen vorgesehenen Dialogverfahren betrifft;

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 49
Ziffer 14 a (neu)

14a. weist darauf hin, dass die Herkunfts- und Transitländer im Zusammenhang mit der Überwachung und Eindämmung der illegalen Zuwanderung Verantwortung übernehmen und ihre Verpflichtungen erfüllen müssen und in diesem Sinne Informationskampagnen über die damit verbundenen Gefahren, die Rückführungspolitik der EU-Mitgliedstaaten sowie über die im Bereich der legalen Zuwanderung bestehenden Übereinkommen und die Möglichkeiten, die diese eröffnen, durchführen sollten;

Or. es

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 50
Ziffer 14 a (neu)

14a. gibt dem Abschluss offen und transparent ausgehandelter Abkommen im Rahmen der Europäischen Union den Vorzug vor einer Vielzahl bilateraler Abkommen, die möglicherweise vertraulichen Charakter haben und damit keiner demokratischen Kontrolle unterliegen;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 51
Ziffer 15

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 52
Ziffer 15

15. ruft die Union auf, eine kohärente Außenpolitik zu betreiben, die vor allem die Vereinbarkeit und die Konvergenz der Ziele der gemeinsamen Handelspolitik und der Entwicklungspolitik sichert; ***in diesem Sinne sollt ein „Marshall-Plan“ der EU erwogen werden, bei dem finanzielle Unterstützung und Handelsabkommen an Demokratie, Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte und Migration geknüpft werden, um den Menschen eine Alternative zum Verlassen ihres Herkunftslandes zu bieten;***

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 53
Ziffer 16

16. fordert die EU und die Regierungen der AKP-Länder auf, Politiken umzusetzen und anzuwenden, die auf eine Verstärkung der positiven Wirkung der Finanztransfers abzielen, ***indem sie dafür sorgen, dass diese auf offiziellem Wege vonstatten gehen***

und indem die Ströme umfangreicher, rascher, preisgünstiger und besser kanalisiert werden; ***hält es für wichtig, dass die Zuwanderer selbst an der Entwicklung ihrer Herkunftsländer beteiligt werden;***

Or. fr

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 54
Ziffer 16

16. fordert die EU ***(Streichung),*** die Regierungen der AKP-Länder ***und die Regierungen anderer Herkunftsländer*** auf, Politiken umzusetzen und anzuwenden, die auf eine Verstärkung der positiven Wirkung der Finanztransfers abzielen, indem die Ströme umfangreicher, rascher, preisgünstiger und besser kanalisiert werden;

Or. en

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 55
Ziffer 16

16. fordert die EU und die Regierungen der ***Drittländer*** auf, Politiken umzusetzen und anzuwenden, die auf eine Verstärkung der positiven Wirkung der Finanztransfers abzielen, indem die Ströme umfangreicher, rascher, preisgünstiger und besser kanalisiert werden;

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 56
Ziffer 17 a (neu)

17a. vertritt die Ansicht, dass die Gewährung von Finanzhilfen, die Drittländer bei der Europäischen Union beantragen, um Schleusernetze und Unternehmen zur Beförderung illegaler Migranten zu bekämpfen, die in ihrem Hoheitsgebiet tätig sind, von der Kooperationsbereitschaft dieser Länder und den Bemühungen abhängig gemacht werden sollten, die sie selbst in dieser Hinsicht unternehmen;

Or. fr

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 57
Ziffer 17 a (neu)

17a. fordert alle Drittstaaten zur Achtung des Völkerrechts und der internationalen Verpflichtungen betreffend die Suche und Rettung von in Seenot geratenen Personen auf;

Or. en

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 58
Ziffer -18 (neu)

-18. vertritt die Ansicht, dass in Anbetracht der vom afrikanischen Kontinent ausgehenden Migrationsströme nach Europa die Mitgliedstaaten an den südlichen Außengrenzen der EU, besonders kleinere Mitgliedstaaten wie Malta und Zypern, derzeit eine besonders schwere Last zu tragen haben, weshalb gezieltere Maßnahmen für die gemeinsame Verwaltung der Außengrenzen der EU unbedingt notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 59
Ziffer 18

18. unterstreicht die Bedeutung der Grenzkontrollen für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung; bekräftigt, dass die Grenzkontrolle im Geiste der gemeinsamen Verantwortung und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sowie unter menschenwürdigen Aufnahmebedingungen für die Personen und unter voller Achtung des Rechts auf Asyl ***und internationalen Schutz, der u. a. den Grundsatz der*** Nichtabschiebung ***umfasst,*** erfolgen muss;

Or. es

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 60
Ziffer 18 a (neu)

18a. fordert den Rat nachdrücklich auf, die uneingeschränkte Teilnahme aller neuen Mitgliedstaaten am Schengen-Raum zuzulassen, was die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen zu den neuen Mitgliedstaaten und die Konzentration aller Anstrengungen und verfügbaren Finanzen auf die Kontrollen an den Außengrenzen der EU bedeuten würde;

Or. en

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 61
Ziffer 18 b (neu)

18b. fordert die Kommission auf, im Rahmen der ENP konkrete Maßnahmen zur Bereitstellung technischer und finanzieller Unterstützung für die Nachbarländer, zur Sicherung ihrer Grenzen mit der EU wie auch ihrer anderen Grenzen vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 62
Ziffer 19

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 63
Ziffer 19

19. vertritt die Auffassung, dass die Agentur Frontex mit den notwendigen Mitteln für ihre Tätigkeit ausgestattet werden muss; ***bedauert zutiefst, dass*** die Mitgliedstaaten ihre Versprechen ***nicht gehalten haben***, die Operationen mit logistischen und personellen Mitteln zu unterstützen; ***vertritt die Ansicht, dass das Zentralregister für technische Ausrüstungsgegenstände (Centralised Record of Available Technical Equipment –***

CRATE) oder die sogenannte „Toolbox“ nur dann sinnvoll sind, wenn die Mitgliedstaaten ihre Zusagen hinsichtlich der technischen Ausrüstung einhalten;

Or. en

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 64
Ziffer 19

19. vertritt die Auffassung, dass die Agentur Frontex mit den notwendigen Mitteln für ihre Tätigkeit ausgestattet werden muss; appelliert an die Mitgliedstaaten, ihre Versprechen zu halten, die Operationen mit logistischen und personellen Mitteln zu unterstützen; ***ermutigt Frontex, Vereinbarungen über Zusammenarbeit mit den ENP-Ländern und anderen Drittländern zu schließen wie das vor kurzem mit der Ukraine geschlossene Abkommen;***

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 65
Ziffer 19

19. vertritt die Auffassung, dass die Agentur Frontex mit den notwendigen Mitteln für ihre Tätigkeit ausgestattet werden muss***, wie in Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 (Verwaltung der technischen Ausrüstung) festgestellt wird***; appelliert an die Mitgliedstaaten, ihre Versprechen zu halten, die Operationen mit logistischen und personellen Mitteln zu unterstützen;

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 66
Ziffer 19 a (neu)

19a. hält die Mission der Agentur FRONTEX für zu schwierig und in der Tat unzumutbar, vor allem da sie der Achtung der grundlegendsten Menschenrechte der Migranten und Asylbewerber nicht Rechnung trägt;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 67
Ziffer 19 b (neu)

19b. ist der Ansicht, dass die wichtigste Mission von Frontex und der Soforteinsatzteams an den Seegrenzen der EU in der Rettung der Migranten und Asylbewerber bestehen sollte, die sich in Schwierigkeiten oder Lebensgefahr befinden;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 68
Ziffer 19 c (neu)

19c. bezweifelt die Zweckmäßigkeit von Frontex, da ihre Mission zu schwierig und in der Tat unmöglich ist; fragt sich, ob es sich nicht einfach um eine Propagandamaßnahme handelt, um einen Teil der europäischen Öffentlichkeit zu beruhigen;

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 69
Ziffer 19 a (neu)

19a. fordert den Rat auf, so rasch wie möglich das europäische Grenzpatrouillennetz und das Europäische System zur Überwachung der südlichen Seegrenzen einzurichten;

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 70
Ziffer 19 b (neu)

19b. fordert die Mitgliedstaaten auf, gemeinsame Patrouillen zu schaffen, die das ganze Jahr hindurch zur Grenzkontrolle eingesetzt und von Frontex koordiniert werden, und in allen Regionen mit erhöhtem Risiko und besonders an den Seergrenzen operieren sollten;

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 71
Ziffer 20

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 72
Ziffer 20

20. begrüßt die Verabschiedung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke auf der Grundlage des Prinzips der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten; ***konkret muss jeder Mitgliedstaat die Präsenz einer Reserve an qualifiziertem Personal sicherstellen; fordert die Mitgliedstaaten in diesem Sinne auf, die Bildung echter europäischer Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke zu ermöglichen;***

Or. en

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 73
Ziffer 20

20. begrüßt die Verabschiedung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke auf der Grundlage des Prinzips der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten; ***stellt fest, dass die Gesetzesinitiative zur Bildung von Soforteinsatzteams zur Grenzsicherung (RABIT) Solidarität in Zuwanderungsfragen zum ersten Mal zu einer Verpflichtung anstelle einer freiwilligen Maßnahme gemacht hat; fordert die Kommission auf, einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, um den Grundsatz der Solidarität auch im Zusammenhang mit den Zusagen der Mitgliedstaaten hinsichtlich des CRATE verbindlich zu machen;***

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 74
Ziffer 20 a (neu)

20a. empfiehlt den Einsatz moderner Technologie zur Kontrolle an den Grenzen, eine systematische Anwendung des Visa-Informationssystem und die Einrichtung eines Systems zur automatischen Registrierung von Ein- und Ausreisen in naher Zukunft;

Or. es

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 75
Ziffer -21 (neu)

-21. Änderung der Verordnung Dublin II

begrüßt den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Verordnung Nr. 343/2003 („Dublin II"); bekräftigt, dass im Rahmen dieser Änderung auch das dieser Verordnung zugrunde liegende Prinzip überprüft werden sollte, wonach der für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständige Mitgliedstaat der Staat ist, in den der Asylbewerber zuerst eingereist ist, da dies für einige Mitgliedstaaten, insbesondere aber die zwei kleinsten Mitgliedstaaten, Malta und Zypern, eine unverhältnismäßig große und untragbare Belastung bedeutet; fordert die Einführung eines Mechanismus für eine ausgewogene Verteilung der Verantwortung auf die Mitgliedstaaten, die auf dem Grundsatz der Solidarität beruht;

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 76
Ziffer 21

21. erinnert daran, dass die Entwicklung biometrischer Instrumente zur Stärkung der Dokumentensicherheit ***den Grenzverkehr für Bona-fide-Reisende erleichtert und dass sie*** unter Achtung des Datenschutzes gemäß der Richtlinie 95/46/EG für Tätigkeiten des ersten Pfeilers erfolgen muss; erwartet für die des dritten Pfeilers die Verabschiedung eines speziellen Rahmenbeschlusses und unterstützt die diesbezügliche Aktion der deutschen Präsidentschaft;

Or. fr

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 77
Ziffer 21

21. erinnert daran, dass die Entwicklung biometrischer Instrumente zur Stärkung der ***Sicherheit und Echtheit*** von Dokumenten***, die von wesentlicher Bedeutung bei der Bekämpfung von Betrug, illegaler Einwanderung und Menschenhandel ist,*** unter Achtung des Datenschutzes gemäß der Richtlinie 95/46/EG für Tätigkeiten des ersten Pfeilers erfolgen muss; erwartet für die *Tätigkeiten* des dritten Pfeilers die Verabschiedung eines speziellen Rahmenbeschlusses und unterstützt die diesbezügliche Aktion der deutschen Präsidentschaft;

Or. es

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 78
Ziffer 22

22. bekräftigt, dass ohne angemessenen Schutz der personenbezogenen Daten im Hoheitsgebiet der Union ein automatisches System zur Erfassung der Ein- bzw. Ausreisen nicht durchführbar ist; ***vertritt die Ansicht, dass ein solches System die Überprüfung des Status von Drittstaatsangehörigen, die in die Europäische Union einreisen, erleichtern und es den Mitgliedstaaten leichter ermöglichen würde, zu prüfen, ob ein Drittstaatsangehöriger die erlaubte Aufenthaltsdauer überschritten hat;***

Or. fr

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 79
Ziffer 22 a (neu)

22a. betont, dass die Ausstellung sicherer Ausweispapiere in den Herkunftsländern, die die Identifizierung von illegal in die Europäische Union einreisenden Personen erleichtern, gefördert werden muss;

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 80
Ziffer 22 b (neu)

22b. begrüßt die zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielte Einigung über das Visa-Informationssystem, das einer wirksamen Durchführung der gemeinsamen Visapolitik den Weg bereiten und zweifellos zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung beitragen wird;

Or. es

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 81
Ziffer -23 (neu)

-23. äußert große Bestürzung über das Bestehen regelrechter krimineller Netze, die den Boottransport von Flüchtlingen von Afrika nach Europa organisieren, und über die Unfähigkeit der Union, ihnen Einhalt zu gebieten (die Boote für die Überfahrt nach Europa haben die gleiche Größe – sie transportieren gewöhnlich etwa 30 Menschen – und die gleiche Farbe, werden von den gleichen Motoren angetrieben und sind sogar mit Nahrungsmitteln, Getränken und anderen Versorgungsgütern der gleichen Sorte und Marke ausgestattet, alles Faktoren, die deutlich zeigen, dass die organisierte Kriminalität bisher weit erfolgreicher war als das gemeinsame Vorgehen auf Ebene der EU); ist überzeugt, dass diese menschenverachtenden kriminellen Organisationen für den Tod Hunderter von Menschen verantwortlich sind, die auf dem Seeweg tödlich verunglücken; fordert die Kommission und den Rat auf, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Menschenhändlern und –schleusern zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag von Inger Segelström

Änderungsantrag 82
Ziffer 23

23. ist überzeugt, dass der Bekämpfung des Menschenhandels und auch ***denen*** besondere Aufmerksamkeit gebührt, die Opfer dieses Menschenhandels sind, insbesondere schutzbedürftigen Menschen, wie Frauen und Minderjährigen, indem die Bekämpfung derjenigen, die mit ihnen Handel treiben, zu einer Priorität der Union gemacht wird;

Or. sv

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 83
Ziffer 23

23. ist überzeugt, dass der Bekämpfung des Menschenhandels und auch den Einwanderern besondere Aufmerksamkeit gebührt, die Opfer dieses Menschenhandels sind, insbesondere schutzbedürftigen Menschen, wie Frauen und Minderjährigen, indem die Bekämpfung derjenigen, die mit ihnen Handel treiben, zu einer Priorität der Union gemacht wird; ***begrüßt den diesbezüglichen Aktionsplan der Kommission, der der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern Rechnung tragen sollte;***

Or. es

Änderungsantrag von Inger Segelström

Änderungsantrag 84
Ziffer 23 a (neu)

23a. erinnert daran, dass es höchste Zeit ist, ein deutliches und konkretes Ziel zu setzen, um beispielsweise die Zahl der Personen, die Opfer des Menschenhandels werden, in den kommenden zehn Jahren zu halbieren; ist, der Auffassung, dass selbstverständlich das übergreifende Ziel darin bestehen muss, diese Form des Verbrechens schnellst möglich zu beseitigen;

Or. sv

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 85
Ziffer 24

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 86
Ziffer 24

24. stellt fest, dass viele Frauen, die Opfer des Menschenhandels sind, als illegale Zuwanderinnen in der Union leben und dass die meisten von ihnen keinen Zugang zu

Rechts- oder Sozialschutz haben; ***(Streichung)***

Or. fr

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 87
Ziffer 24

24. stellt fest, dass ***die meisten (Streichung)*** Opfer des Menschenhandels ***(Streichung)*** als illegale ***Zuwanderer*** in der Union leben und dass ***(Streichung) sie*** keinen Zugang zu Rechts- oder Sozialschutz haben; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Situation anzuerkennen und gemäß ihren Rechtsvorschriften ihren Zugang zu einem legalen Aufenthaltstitel zu erleichtern;

Or. es

Änderungsantrag von Inger Segelström

Änderungsantrag 88
Ziffer 24

24. ***bedauert***, dass viele Frauen, die Opfer des Menschenhandels ***werden***, als illegale Zuwanderinnen ***angesehen werden*** und dass die meisten von ihnen keinen Zugang zu Rechts- oder Sozialschutz haben; fordert die Mitgliedstaaten auf,, ihre Situation anzuerkennen und gemäß ihren Rechtsvorschriften ihren Zugang zu einem legalen Aufenthaltstitel zu erleichtern ***beziehungsweise sie bei ihrer Rückkehr in die Heimat zu unterstützen***;

Or. sv

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 89
Ziffer 24 a (neu)

24a. betont, dass bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung darauf geachtet werden muss, die Verfolgung oder Benachteiligung der Opfer des Menschenhandels zu vermeiden;

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 90
Ziffer 24 b (neu)

24b. erinnert daran, dass die illegale Einwanderung den kriminellen Organisationen, die als Drahtzieher des Menschenhandels fungieren und Korruption, Betrug und die Ausbeutung der Arbeitskraft der Migranten fördern, enorme Gewinne verschafft, was die Bekämpfung dieses Phänomens erschwert;

Or. es

Änderungsantrag von Simon Busuttil

Änderungsantrag 91
Ziffer 25 b (neu)

25b. vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam verantwortlich für die Rettung von Menschen in Seenot sind; unterstützt den Vorschlag, den Malta dem Rat „Justiz und Innere Angelegenheiten" vorgelegt hat, wonach sich die EU-Mitgliedstaaten darüber verständigen sollten, dass illegale Einwanderer, die von EU-Schiffen im Such- und Rettungsgebiet eines Drittstaats, der sich weigert, seiner Verantwortung nachzukommen, aus Seenot gerettet werden, nach einem genau festgelegten Proporz und einem vorab vereinbarten System auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden;

Or. en

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 92
Ziffer 26

26. erinnert daran, dass zahlreiche Staaten Regularisierungsmaßnahmen eingeleitet oder angekündigt haben und dass diese Entscheidungen bei der derzeitigen Rechtslage im Ermessen der Mitgliedstaaten liegen***, oft aber Zeichen eines vorausgehenden bürokratischen Unvermögens sind, ein Phänomen angemessen zu behandeln, das Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den meisten Mitgliedstaaten ist, und vertritt die Ansicht, dass die massenhafte Regularisierung von illegalen Zuwanderern keine angemessene Antwort ist, da sie die eigentlichen, diesem Phänomen zugrunde liegenden Probleme nicht löst;*** ist sich bewusst, dass eine Veränderung der Zuwanderungspolitik in einem Mitgliedstaat die Migrationsströme und die Entwicklung in anderen Mitgliedstaaten beeinflussen kann; ist der Auffassung, dass gemäß den Prinzipien der loyalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Solidarität die Mitgliedstaaten zur Nutzung des gegenseitigen

Informationssystems (über nationale Maßnahmen in den Bereichen Migration und Asyl, die sich auch auf andere Mitgliedstaaten oder die Gemeinschaft als Ganzes auswirken können) verpflichtet sind, das im Jahr 2007 in Betrieb gehen soll, um Informationen und Erfahrungen über die besten Praktiken auszutauschen;

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 93
Ziffer 26

26. erinnert daran, dass zahlreiche Staaten Regularisierungsmaßnahmen eingeleitet oder angekündigt haben und dass diese Entscheidungen bei der derzeitigen Rechtslage im Ermessen der Mitgliedstaaten liegen; ist sich bewusst, dass eine Veränderung der Zuwanderungspolitik in einem Mitgliedstaat die Migrationsströme und die Entwicklung in anderen Mitgliedstaaten beeinflussen kann; ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten gemäß den Prinzipien der loyalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Solidarität zur Nutzung des gegenseitigen Informationssystems (über nationale Maßnahmen in den Bereichen Migration und Asyl, die sich auch auf andere Mitgliedstaaten oder die Gemeinschaft als Ganzes auswirken können) verpflichtet sind, das im Jahr 2007 in Betrieb ***gegangen ist***, ***wie auf den letzten Tagungen des Rates „Justiz und innere Angelegenheiten“ bekräftigt wurde,*** um Informationen und Erfahrungen über die besten Praktiken auszutauschen;

Or. es

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 94
Ziffer 26 a (neu)

26a. erinnert an den wichtigen Beitrag der 2003 von der Kommission eingesetzten Sachverständigengruppe zum Thema Menschenhandel, die die Entwicklung der Lage verfolgt und Empfehlungen für Maßnahmen abgegeben hat; erwartet, dass diese Gruppe ihre Arbeit fortsetzen wird;

Or. en

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 95
Ziffer 27

27. vertritt die Auffassung, dass Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung zu lange hinausgeschoben worden sind, obgleich es sich dabei um einen der maßgeblichen Pull-Faktoren der illegalen Zuwanderung handelt; begrüßt demzufolge die Vorlage eines Vorschlags für eine Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen, durch die Kommission (KOM(2007)0249)***, in dem vor allem Verwaltungssanktionen, der Ausschluss von Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe sowie strafrechtliche Sanktionen bei schwerwiegenderen Verstößen vorgesehen sind***;

Or. es

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 96
Ziffer 27

27. vertritt die Auffassung, dass Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung zu lange hinausgeschoben worden sind, obgleich es sich dabei um einen der maßgeblichen Pull-Faktoren der illegalen Zuwanderung ***und einen Faktor*** handelt, der ***Ausbeutung begünstigt***; begrüßt demzufolge die Vorlage eines Vorschlags für eine Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen, durch die Kommission (KOM(2007)0249);

Or. en

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 97
Ziffer 27 a (neu)

27a. vertritt die Ansicht, dass ein geregelter und offiziell anerkannter Status für alle Menschen besser ist und dass die Mitgliedstaaten Verfahren entwickeln sollten, um es Zuwanderern zu ermöglichen, ihren Status zu ändern und bürokratische Hürden abzubauen, die die Wahrnehmung solcher Möglichkeiten erschweren;

Or. en

Änderungsantrag von Herbert Reul

Änderungsantrag 98
Ziffer 27 a (neu)

27a. hinsichtlich der im Richtlinienvorschlag (Artikel 6, 7 und 8) enthaltenen sehr konkreten Sanktionen muss klargestellt werden, dass die konkrete Ausgestaltung von Sanktionen allein den Mitgliedstaaten überlassen bleiben sollte;

Or. de

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 99
Ziffer 27 a (neu)

27a. fordert den Rat in seinen verschiedenen, für diesen Zweck zuständigen Formationen auf, seine Koordinierungsbemühungen im Zusammenhang mit der Behandlung dieser Richtlinie zu verstärken;

Or. es

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 100
Ziffer 27 b (neu)

27b. fordert die Union und die Mitgliedstaaten auf, entschieden gegen illegale Beschäftigung im Zusammenhang mit Zuwanderern vorzugehen und dazu eine Vielzahl von Sanktionen gegen die Arbeitgeber einzusetzen und eine Verstärkung der Arbeitsaufsicht durch geeignete menschliche und materielle Ressourcen vorzusehen, um gegen illegale Beschäftigung vorzugehen und den Schutz der Migranten zu verbessern;

Or. es

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 101
Ziffer 28

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Inger Segelström

Änderungsantrag 102
Ziffer 28

28. vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten ***keine ausreichenden*** Anstrengungen unternehmen ***(Streichung)***, um die illegale Beschäftigung, insbesondere im häuslichen Bereich und in der Familie, klar auszumachen, da es sich hier um Sektoren handelt, in denen eine große Zahl von Einwandererfrauen beschäftigt ist; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich intensiv mit den Fragen dieser Ausbeutung auseinander zu setzen; weist darauf hin, dass ein Weg für diese Aufgabe sein kann, eine Informationskampagne für die Zielgruppe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu starten, um auf die negativen Folgen von Schwarzarbeit für die nationalen sozialen Sicherungssysteme, die öffentlichen Finanzen, den lauteren Wettbewerb, die Wirtschaftsleistung und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst hinzuweisen; erinnert an die Bedeutung der Einbeziehung der Sozialpartner in einen solchen Prozess;***

Or. sv

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 103
Ziffer 28

28. vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten Anstrengungen unternehmen müssen, um die *Frage der* illegalen Beschäftigung, insbesondere ***im Bau- und Gastronomiesektor, in der Landwirtschaft sowie*** im häuslichen Bereich und in der Familie, klar *zu regeln*, da es sich hier um Sektoren handelt, in denen eine große Zahl von ***Zuwanderern*** beschäftigt ist; ***weist besonders auf die zuletzt genannten Sektoren hin, in denen eine große Zahl von weiblichen Zuwanderern beschäftigt ist;*** ist der Auffassung, dass den sie beschäftigenden Familien ermöglicht werden muss, eine rechtliche Lösung zu finden, bei der diese Personen sozial abgesichert sind;

Or. es

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 104
Ziffer 28

28. vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten Anstrengungen unternehmen müssen, um die illegale Beschäftigung, insbesondere ***(Streichung) in den*** Sektoren ***(Streichung)***, in denen eine große Zahl von ***Einwanderern*** beschäftigt ist***, aufzudecken***

(Streichung);

Or. en

Änderungsantrag von Marian-Jean Marinescu

Änderungsantrag 105
Ziffer 29

29. hebt hervor, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit darauf gerichtet ist, den Anreiz für die Zuwanderung in die Union zu verringern und die Schattenwirtschaft in unseren Volkswirtschaften zurückzudrängen; ***fordert die Mitgliedstaaten in diesem Sinne nachdrücklich auf, ihre Rechtsvorschriften betreffend nicht angemeldete Erwerbstätigkeit – die bald mit der geplanten Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber, die illegal aufhältige Drittstaatsangehörige beschäftigen, in Einklang gebracht werden müssen – streng anzuwenden;***

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 106
Ziffer 29

29. hebt hervor, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit darauf gerichtet ist, den Anreiz für die Zuwanderung in die Union zu verringern und die Schattenwirtschaft in unseren Volkswirtschaften zurückzudrängen; ***begrüßt den Vorschlag der Kommission, Sanktionen gegen Arbeitgeber zu verhängen, die illegale Zuwanderer beschäftigen, und spricht sich für eine rasche Annahme dieser Richtlinie aus;***

Or. fr

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 107
Ziffer 29

29. hebt hervor, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit ***einen wirtschaftlichen und sozialen, aber auch einen psychologischen Aspekt hat: indem sie die Faktoren, die die Auswanderung nach Europa attraktiv erscheinen lassen (etwa die Aussicht auf einen Arbeitsplatz, selbst unter im Hinblick auf die Grundrechte unwürdigen Bedingungen) reduziert, trägt sie dazu bei,*** den Anreiz für die Zuwanderung in die Union zu ***verringern*** und die Schattenwirtschaft in unseren Volkswirtschaften zurückzudrängen;

Or. fr

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 108
Ziffer 29

29. hebt hervor, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit ***dazu beitragen könnte***, den Anreiz für die Zuwanderung in die Union zu verringern und die Schattenwirtschaft in unseren Volkswirtschaften zurückzudrängen;

Or. en

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 109
Ziffer 30

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 110
Ziffer 31

31. erinnert an die Verantwortung, die die Herkunftsländer ***(Streichung)*** im Bereich der Rückübernahme tragen, und tritt für eine europäische Rückführungspolitik ein, ***(Streichung)*** bei der die Würde und die körperliche Unversehrtheit der Personen entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Konvention geachtet werden;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 111
Ziffer 32

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 112
Ziffer 32

32. fordert die Kommission auf, ***(Streichung)*** eine Bewertung der Rückführungspolitik (Effizienz der geltenden Abkommen ***aller Mitgliedstaaten***, Analyse der Ursachen für Verzögerungen bei den Verhandlungen ***über Partnerschaftsabkommen mit betroffenen Drittstaaten, Verfahren in Herkunfts- und Transitländern*** usw.) vorzunehmen; fordert den Rat und die Kommission auf, in der Frage der Rückübernahme illegaler Zuwanderer europäische Abkommen mit den betreffenden Drittländern abzuschließen; fordert die Kommission auf, eine Studie über die praktische Umsetzung der Rückübernahmeabkommen durchzuführen, einschließlich ihrer Übereinstimmung mit den Grundrechten;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 113
Ziffer 33

entfällt

Or. it

Änderungsantrag von Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 114
Ziffer 33

33. wünscht eine ***(Streichung)*** Annahme des Vorschlags für eine Rückführungsrichtlinie ***unter dem portugiesischen Ratsvorsitz***, da die Regeln und Bedingungen für die Rückführungspolitik auf europäischer Ebene festgelegt werden müssen; ***betont die große Bedeutung einer wirksamen Rückführungspolitik als eine der Möglichkeiten, illegale Zuwanderer abzuschrecken;***

Or. es

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 115
Ziffer 33

33. wünscht eine möglichst rasche Annahme des Vorschlags für eine Rückführungsrichtlinie ***und die Festlegung von*** Regeln und Bedingungen ***mit hohem Qualitätsstandard*** für die Rückführungspolitik auf europäischer Ebene ***(Streichung)***;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 116
Ziffer 33 a (neu)

33a. weist darauf hin, dass einige Mitgliedstaaten bereits – entweder vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder vom Europäischen Parlament selbst – wegen ihrer Rückführungspolitik verurteilt worden sind, die den grundlegendsten Menschenrechten keine Rechnung trägt;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 117
Ziffer 33 b (neu)

33b. ist der Ansicht, dass der Annahme jedweder Maßnahme im Zusammenhang mit der Rückführungspolitik logischer- und notwendigerweise die Verabschiedung einer europäischen Rechtsvorschrift vorangehen muss, die der legalen Einwanderung tatsächlich den Weg ebnet;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 118
Ziffer 34

34. ***(Streichung)*** ist der Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen den Verbindungsbeamten für Einwanderung eine Priorität darstellt; hält es für erforderlich,

das Parlament regelmäßig über die Entwicklungen und Ergebnisse des ICONet zu unterrichten;

Or. it

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 119
Ziffer 35 a (neu)

35a. vertritt die Ansicht, dass eine solche Bewertung auch eine Beurteilung der Frage einschließen sollte, ob die Haftung der Beförderungsunternehmen Menschen möglicherweise daran hindern könnte, Schutz in Anspruch zu nehmen, und unter welchen Umständen Beförderungsunternehmen mit Strafen zu rechnen haben, wenn sie verdächtige Fälle melden;

Or. en